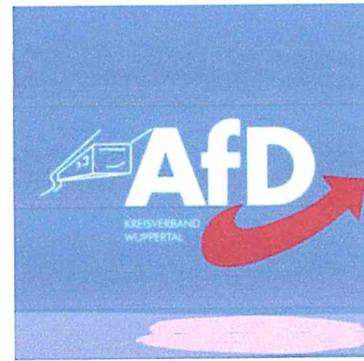


Peter Hoppe
BV Elberfeld West



Zur Sitzung der BV Elberfeld West am 21.04.2021

Stellungnahme zum Antrag der Partei Die Linke zwecks Neuaufnahme der Verhandlungen mit der Firma Schaeffler

Der Antrag der Partei Die Linke, mit dem eine Neuaufnahme der Verhandlungen der Stadt Wuppertal mit der Firma Schaeffler zum Erhalt des Standortes Wuppertal angestrebt wird, ist in der Sache sicher begrüßenswert.

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß diese Standortschließung nicht zuletzt dem bereits seit Jahren andauernden politischen Kampf gegen die Automobilindustrie und insbesondere den Verbrennungsmotor geschuldet ist, von dessen Auswirkungen in der Folge auch die Zulieferindustrie betroffen ist. Bundesweit sind hier inzwischen gem. Medienberichten über 400.000 Arbeitsplätze durch die einseitige politische Fixierung auf die E-Mobilität in Gefahr.

Maßgeblich mitbeteiligt an dieser planmäßigen Demontage der Automobil- und Zulieferindustrie sind u.a. Gewerkschaften, Grüne, SPD und Linkspartei, gemeinsam mit von ihnen unterstützten Pressure Groups wie z.B. Fridays for Future.

Sie alle haben also tatkräftig daran mitgewirkt, daß Zulieferfirmen wie Schaeffler sich zunehmend genötigt sehen, ihre Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern und deutsche Standorte zu schließen, da sie sich bereits jetzt oder auf Sicht nicht mehr rechnen.

Auch das Argument, der Standort Wuppertal könne noch profitabel arbeiten, greift m.E. so nicht: Einerseits werden solche Standort häufig quersubventioniert und müssen in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung einer Firma daher nicht zwingend wirtschaftlich sein.

Andererseits jedoch muß die Schließung dieses Standortes nicht zuletzt auch als politische Entscheidung gesehen werden, denn von einem Vertrauen in die Politik dürfte angesichts der offen gegen die Automobil- und Zulieferindustrie gerichteten politischen Bestrebungen sicher keine Rede mehr sein.

Dieser Antrag ausgerechnet von denen, die zuvor selbst tatkräftig am Abbau dieser Arbeitsplätze mitgewirkt haben, muß daher jedem, der seine Arbeit nun in Folge dieser Werksschließung verliert, wie ein Schlag ins Gesicht erscheinen.

Da eine Erhaltung dieser Arbeitsplätze im Interesse der Betroffenen wünschenswert ist werde ich diesen Antrag sicher nicht ablehnen. Allerdings ist er von Seiten derer, sie in meinen Augen Mitverursacher sind, vor allem als wohlfeile Symbolpolitik zu bewerten, die zu unterstützen ich nicht bereit bin.

Ich werde mich daher der Stimme enthalten.